



Teile des Naturschutzgebietes Sauerthal liegen auch in Borchchen. Allein für Borchchen hat Westfalen-Wind insgesamt 16 Anlagen beantragt.

Foto: WV

»Haftungsrisiko ist zu groß«

Borchener CDU und Grüne stoppen die Gemeinde-Klagen gegen zehn Windräder

Von Bernhard Liedmann

Borchchen (WV). Die Borchener CDU und die Grünen lehnen die drei Klagen der Gemeinde gegen die Errichtung von zehn jüngst genehmigten Windkraftanlagen in Etteln und Dörenhagen ab. Das Risiko einer möglichen persönlichen Haftung bei Schadenersatzforderung sei zu hoch, begründen die Politiker ihre Entscheidung.

CDU-Ratsfrau Claudia Cosack brachte in der Sitzung des Borchener Hauptausschusses am Donnerstagabend auf den Punkt, was sie bewegt: Sollten Politiker nach einem Scheitern der Klagen zum Schadenersatz verurteilt werden, liefen sie Gefahr, ihr Privathaus verkaufen zu müssen.

Nach dem Mindener Urteil zur Ungültigkeit des Flächennutzungsplanes der Gemeinde hatte der Kreis Paderborn insgesamt

zehn Windkraftanlagen in Dörenhagen und Etteln im Dezember genehmigt. Die Gemeinde hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt und aufgrund der Fristen drei Klagen gegen diese Genehmigung eingereicht (wir berichteten). In der Hauptausschusssitzung wollte Bürgermeister Reiner Allerdissen die Bestätigung dieser Vorgehensweise aufgrund der bisherigen Abstimmungsergebnisse in den vorausgegangenen Sitzungen einholen. Doch der Bürgermeister scheiterte mit seinem Antrag: Trotz der Befangenheit von zwei Ratsherren (Guido Reitmeyer, Grüne, und Josef Rennkamp, CDU) und Nichtteilnahme an der Abstimmung konnten sich SPD und Bürgermeister nicht durchsetzen. Voraussichtlich wird der Rat am Montag ebenso beschließen und damit die Klagen kippen. Allerdissen kündigte am Freitag an, dann auch die Beschwerde gegen das Mindener Gerichtsurteil zurückziehen zu wollen.

Zu Beginn der Sitzung führte

der Bürgermeister aus, dass die Klagen zur Wahrung der Fristsetzung eingereicht worden seien. Nach Stellungnahme der Kanzlei der Gemeinde gebe es berechtigte Erfolgsaussichten, da nach Auffassung der Juristen der Kreis bei der Genehmigung nicht die »Normkompetenz zur Genehmigung« gehabt habe. Im schlimmsten Falle würden auf die Gemein-

»Ich will gefahrlos zu einer politischen Meinung kommen.«

SPD-Ratsherr Patrick Knüttel

de Gerichts-Kosten über 131 000 Euro zukommen. Die Verwaltung schloss in ihrer Vorlage für die Ratsmitglieder jedoch auch nicht aus, dass »die Anlagenbetreiber im Nachgang zu den verwaltungsgerichtlichen Prozessen Schäden, die ihnen durch eine verzögerte Inbetriebnahme der Windkraftanlagen entstanden sind, bei der Gemeinde Borchchen geltend machen«.

Vertreter von CDU und Grünen sahen hier die Gefahr der persönlichen Haftung. Bürgermeister Allerdissen wiederum unterstrich, dass ein Schadenersatz nur dann folgen könne, wenn ein Gericht quasi einen Baustopp verfüge.

Für die CDU forderte Claudia Cosack ein schriftliches Gutachten der Kanzlei zu den Erfolgsaussichten der Klagen. Die finanziellen Folgen spielten schließlich

auch in ihrem Alltag als Anwältin eine Rolle. In diesem Fall sei es ein »zu großes Risiko, das nicht zu beziffern ist«. Ähnlich sah es auch CDU-Ratsherr Harald Kuhnigk: »Wenn ich abwäge, will ich wissen, welches Risiko auf mich zukommt. Hier ist es ein zu großes Risiko, das nicht zu beziffern ist.«

SPD-Ratsherr Patrick Knüttel erachtete es trotz dieser Bedenken als »wichtig, dass der Rechtsweg beschritten wird«. Durch Schadenersatzdrohungen fühle er sich als Ratsherr »politisch beeinträchtigt«. »Ich will gefahrlos zu einer Meinung kommen können. Das alles ist schon ein starkes Stück«, sagte er. Fraktionsvorsitzender Herbert Berger führte aus, dass die Bürger vom Rat ein Signal und ein deutliches Vorgehen in dieser Frage erwarteten. »Schließlich schlägt man auf der Basis geltenden Rechts den Rechtsweg ein«,

sagte er.

Nachdem der Hauptausschuss den Klageweg mehrheitlich gestoppt hat, wird voraussichtlich auch der Rat am Montag so entscheiden. Die Verwaltung hat die Ratsmitglieder vorab grundsätzlich auf das Problem der Befangenheit hingewiesen. Voraussichtlich mehr als fünf Ratsmitglieder haben verwandtschaftliche Verflechtungen mit Windkraftbetreibern oder direkte wirtschaftliche Beziehungen in Zusammenhang mit der Windkraft.

Gescheitert war zuvor im Hauptausschuss ein Antrag der Grünen, grundsätzliche Überlegungen zu einer Bürgerwindpark-Beteiligung der Gemeinde anzustellen. Da Alfens CDU-Ortsvorsteher Konrad Hansmeier nicht mit seiner Fraktion stimmte, gab es einen Patt im Ausschuss und damit war der Antrag abgelehnt.

Kommentar

Ein dunkler Tag für die demokratische Autonomie an der Basis: Die Angst von Ratsmitgliedern, eventuell in persönliche Haftung genommen zu werden, ist auch für nicht direkt Betroffene verständlich und nachvollziehbar. Begrifflichkeiten wie »Wohl der Bürger und Gemeinde sowie Unabhängigkeit und Gewissen« werden relativiert. Einer Demokratie drohen nicht nur der »Druck der Straße«, sondern auch offensichtlich der »Druck der Macht und des Geldes«. Das

Ideal der politischen Willensbildung zum Wohl der Gemeinschaft aller Bürger gerät ins Wanken. Das gleiche gilt für das Bild einer unabhängigen Justiz, bei der man insbesondere Angst um finanzielle Mithaftungen haben muss.

Alles ein guter Nährboden für politische Entwicklungen, die zunehmend Sorgen bereiten. Man muss also nicht nur bis nach Amerika oder in europäische Nachbarländer blicken. Der Blick vor die Haustür reicht.

Bernhard Liedmann



CDU-Ratsfrau
Claudia Cosack



CDU-Ratsherr
Harald Kuhnigk